



WECKER

von Beschäftigten für Beschäftigte der Finanzverwaltung Bayern

Personalvertretungswahlen
am 17. Mai 2011

GUTE ARBEIT KÖNNEN SIE WÄHLEN!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
am 17. Mai wählen Sie die Personalvertretungen in der bayerischen Finanzverwaltung. Die Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen der Gewerkschaft ver.di wissen, wo die Probleme der Beschäftigten in diesen Dienststellen liegen.

Da genügt schon ein Blick in die Ergebnisse der letzten Mitarbeiterbefragung. Auch wenn es bei so manchen Antworten lokale Unterschiede gegeben hat – einig waren sich fast alle Beschäftigten mit ihrer Kritik an vier Komplexen:

- Es wird die **mangelhafte Anerkennung unserer Arbeit** durch Politik und den vorgesetzten Dienststellen beklagt und kritisiert
- Es wird die **unstrukturierte Informationsversorgung** und die **Starrheit bei der Amtsorganisation** kritisiert
- Es wird die **massive Arbeitsbelastung** als Hauptproblem dargestellt
- Und es wird massiv kritisiert, dass die **Bezahlung und die Fortkommenschancen** in keinem Verhältnis zu der Arbeit und den Belastungen stehen.

**GENAU DARUM GEHT ES:
Arbeitsstrukturen – Arbeitsbelastung – Anerkennung durch
Vorgesetzte, Politiker und leistungsgerechter Bezahlung.**

Wir kümmern uns um die Details:

1. **Arbeitsbelastung** kann nur verringert werden, wenn deutlich mehr Personal eingestellt wird, als in den nächsten Jahren altersbedingt ausscheidet. Die Situation ist dramatisch: Wirkliches Personalplus ist hier notwendig ! Dies funktioniert nur über **Mehreinstellungen**. Wer aber im Konkurrenzkampf um Auszubildende gerade die Einstiegsbezahlung der jungen Menschen kürzt, der hat diese entscheidende Herausforderung der nächsten Jahre nicht kapiert !

Kandidatenlisten ver.di ab Seite 8

2. **Arbeitsdruck** und Arbeitsbelastung hängen auch damit zusammen, dass die **Arbeit immer „gläserner“** wird, dass über EDV-Auswertungen in immer kürzeren Zeitabständen psychischer Druck erzeugt wird. Zumal eines ganz klar ist: Die EDV-Auswertungen – ob Leistungsvergleich oder andere Tabellen – stellen nur einen Bruchteil der Arbeit in den Dienststellen dar. Und wer die Leistung der Beschäftigten an diesen Zahlen allein misst, der hat „Führung“ gründlich missverstanden. Für uns gilt deshalb: Die „Dienstvereinbarung zur Erhebung und Nutzung personenbezogener Leistungsdaten“, die wir entscheidend mit entwickelt haben, ist nun endlich wort- und punktgenau umzusetzen. **Die Beschäftigten haben ein Recht auf Schutz vor ungeregeltem Umgang mit personenbezogenen Daten.**
3. Die **Informationsbereitstellung** bedarf einer grundlegenden Renovierung. Die Informationsflut des AIS ist nur mit **neuzzeitlichen Suchprogrammen** zu bewältigen. Hier gibt es erhebliche Mängel. Die Masse an Gesetzesänderungen darf nicht in eine noch größere Flut von Leitfäden und Dienstanweisungen münden, die völlig unbewältigbar wird.
4. **„Berufliche Anerkennung durch Besoldung und Beförderung“** muss die Grundlage einer modernen Personalführung sein. Und genau daran mangelt es gewaltig! Wir haben diesen Mangel in den letzten Jahren immer wieder – intern wie auch sehr deutlich in den Medien – thematisiert - und endlich haben mit dem letzten Doppelhaushalt Finanzminister Fahrenschon als auch der Landtag positiv reagiert: Allerdings sind noch immer tausende Beschäftigte in der Beförderungswarteschleife: Beförderungswartezeiten sind längst erfüllt, eine höherwertige Arbeit wird längst ausgeübt – aber die Bezahlung findet noch immer nach einer niedrigeren Besoldungsgruppe statt. In diesem Bereich werden wir keine Ruhe geben.

Wir haben in den letzten 5 Jahren gezeigt, dass wir kämpfen. Insbesondere unser Einsatz zur Abschaffung der „42-Stunden-Woche“ hat dies bewiesen. Wir haben hier nie aufgegeben und uns nicht mit Vertröstungen abfinden lassen: Unsere Massenpetition mit über 13.000 Unterschriften an den Bayerischen Landtag hat den Druck auf die Staatsregierung massiv erhöht.

Wir versprechen Ihnen:

Sie können sich auch in den nächsten 5 Jahren darauf verlassen, dass ver.di-Personalräte mit Engagement, Sachkenntnis und sozialem Gewissen in den Personalvertretungen und in der Öffentlichkeit arbeiten werden. Alles was wir dazu benötigen ist Ihre Unterstützung bei den Wahlen am 17. Mai. Unterstützen Sie deshalb bitte mit Ihren Wählerstimmen unsere Kandidatinnen und Kandidaten – damit auch weiterhin die Interessen der Beschäftigten in der bayerischen Finanzverwaltung intensiv und – wenn es sein muss – auch lautstark und kämpferisch vertreten werden.

Sie haben ein Recht auf eine gute Personalvertretung !!!

Mit herzlichen Grüßen

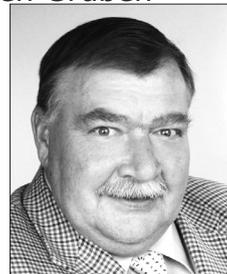
Werner Stupka

Spitzenkandidat
für den HPR
Beamte



Josef Binder

Spitzenkandidat
für den HPR
Arbeitnehmer



Kandidatenlisten ver.di ab Seite 8

Hatten wir das nicht schon, Herr Fahrenschon??

Was haben die Tage 01.06.2010, 15.11.2010 und der 04.03.2011 gemeinsam? Nein es ist nicht der gleiche Wochentag, es sind auch keine Tage mit nennenswerter geschichtlicher oder gar biblischer Bedeutung. Es sind schlicht und ergreifend Tage, an denen unser Finanzminister Pressemitteilungen (PMs) unter der Schlagzeile **„Die bayerische Finanzverwaltung ist gut aufgestellt!“** veröffentlicht hat. Pressemitteilungen, die der Rechtfertigung gegenüber der Opposition im bayerischen Landtag dienen. Aber leider, lieber Herr Fahrenschon, lesen auch unsere Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern diese Zeilen. Und ich darf Ihnen sagen, dass Pressemitteilungen solchen Inhalts - neben anderem - ursächlich dafür verantwortlich sind, dass die Beschäftigten in den Finanzämtern z. B. in der letzten Mitarbeiterbefragung die Frage nach dem **Einsatz der Politik für das Ansehen der Finanzverwaltung in der Öffentlichkeit mit der Note 5,28 (Notenskala 1 bis 6) bewertet** haben.

Die Personalausstattung in Bayern nimmt im Vergleich der Bundesländer einen hinteren Platz ein, aber die festgestellten Mehrergebnisse sind im bundesweiten Vergleich Spitze. Daraus folgern Sie, dass eben in den bayerischen Finanzämtern effizienter als anderswo gearbeitet würde.

Ist effizienter auch gesünder?

Wie sehen unsere Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeitsbelastung? Macht es Spass beim Arbeitgeber „Freistaat Bayern, insbesondere im Bereich des Staatsministeriums der Finanzen“ zu arbeiten? Nun, die Beschäftigten bewerten die Arbeitsbelastung mit der Note 3,68. Diese Aussage, nicht be rauschend aber gepaart mit der Entwicklung der Fehlzeiten im Bereich der Bayer. Finanzverwaltung, macht klar, warum sich unsere Kolleginnen und Kollegen über solche Pressemitteilungen sooo aufregen. Die Fehlzeiten

in der Bayer. Finanzverwaltung haben laut Fehlzeitenbericht 2009 mit durchschnittlich 13,4 Tagen pro Beschäftigtem den Höchststand seit 1997 erreicht.

Ihre geliebten Risikomanagementsysteme funktionieren, wenn überhaupt, nur im Bereich der Arbeitnehmerveranlagung. Der Unternehmer im „Bayern des dritten Jahrtausends“ berechnet seine Steuer über die Gewinnermittlung bzw. Bilanz grösstenteils selbst und er sagt uns anschließend auch noch, wie er sie gerne bezahlen würde. Ein „Zweiklassensystem im Steuerrecht“ ist längst Realität. Und in diesem Klima würde jeder und jede zusätzliche Finanzbeamte/-in sowohl auf die Arbeitsbelastung wie auch auf den Haushalt entlastend wirken.

Im Bereich der Betriebsprüfung ist ein Risikomanagementsystem zur elektronischen Fallauswahl allenfalls im Aufbau. Vor Ort bedeutet dies keine Entlastung sondern Mehrarbeit!! Unsere Prüferinnen und Prüfer sind immer noch auf eine qualitativ hochwertige personelle Fallauswahl angewiesen. Diese personelle Fallauswahl wird geleistet durch einen, in den letzten Jahren permanent ausgedünnten, Innendienst.

Herr Fahrenschon, zusammenfassend bleibt festzustellen, dass wir mit der EDV-Unterstützung am Finanzamtsarbeitsplatz noch lange nicht in Ihrem dritten Jahrtausend angekommen sind. Ihre in den 3 PMs positiv herausgestellten Neueinstellungen von 1.300, 1.400 bzw. 1.500 (beginnend mit der PM vom 01.06.2010) sind leider immer noch in Ausbildung. Was letztendlich in den Finanzämtern ankommt, nachdem die Prüfung bestanden und die Bedarfe des Landesamts, der IuK oder auch der Ausbildungsstätten befriedigt wurden, ist Zukunftsmusik und wirkt aktuell in den Ämtern leider noch nicht entlastend.

Sie sagen, Grossbetriebe würden lückenlos geprüft und somit würden sich



Hans Bergmann
Finanzamt Fürth

zusätzliche Prüfer/-innen nur mittleren und kleinen Betrieben widmen können. Ein Kleinbetrieb erzielt z. B. im Bereich der Freiberufler einen Gewinn zwischen 34.000 und 123.000 €. Wenn man diese Gewinne auf den Bereich der Arbeitnehmereinkommen überträgt, liegt der überwiegende Teil unserer Kolleginnen und Kollegen innerhalb dieser Gewinnspanne. Abweichend von den Kleinbetrieben wird das Risikopotential dieser Arbeitseinkommen aber nicht kleingeredet. Hier existiert ein funktionierendes Risikomanagementsystem und ein Austauschverfahren mit Renten- und Versicherungsträgern. Lieber

Herr Fahrenschon hinsichtlich der Vollzugsprivilegien wären wir auch gern ein (Arbeitnehmer-)Kleinbetrieb!!

In Anlehnung an eine Aussage eines Ihrer Vorgänger im Amt, nämlich dass eine „Milchmädchenrechnung durch ständige Wiederholung nicht richtiger würde“, darf ich Ihnen sagen, dass man die personelle Entlastung durch die EDV auch mit weiteren PMs nicht herbeireden kann. Der Kollege „Computer“ muß gefüttert werden, damit er arbeiten und entlasten kann. Die Fütterung übernehmen nach wie vor grösstenteils die Beamtinnen und Beamten händisch, trotz drittem Jahrtausend.

Hinsichtlich Personalausstattung und effizienter EDV-Unterstützung ist die Bayer. Steuerverwaltung derzeit eben nicht gut aufgestellt!!



Unbewältigbar

Die tägliche Informationsflut lähmt die Veranlagung

Ein Thema brennt uns bei den Finanzämtern besonders auf den Nägeln: Die massive Informationsflut, die nicht mehr bewältigbar ist. Dies haben wir schon im Gespräch mit Minister Fahrenschon deutlich angesprochen:

Protokollauszug aus dem Gespräch mit Staatsminister Fahrenschon:

„Ver.di mahnt an, auch den Innendienst nicht aus den Augen zu verlieren. Eine qualitativ gute Außenprüfung ist nur durch einen funktionierenden Innendienst zu bewerkstelligen. Veranlagungen müssen durchgeführt, Kontrollmitteilungen bearbeitet und die Fallauswahl durch den Innendienst getroffen werden. Der Innendienst leidet derzeit an der Steuergesetzgebung, die in immer kürzeren Abständen Mehrarbeit für die Steuerverwaltung generiert. Dies hat Arbeitsanleitungen, Leitfäden usw. im AIS zur Folge, die inzwischen über 1.000 Seiten füllen. Eine Verbesserung der Suchfunktion im AIS für diese Hilfsmittel ist unabdingbar.“

Staatsminister Fahrenschon: Was die Anwenderfreundlichkeit der Suchfunktion im AIS und weitere EDV-Probleme betrifft, schlägt er einen runden Tisch mit der IuK vor. Ein runder Tisch an dem Bearbeiter aus den Finanzämtern ihre Probleme mit der EDV darstellen und erörtern könnten.“

Nachdem wir vom einfachen Steuerrecht à la Bierdeckel mittlerweile Lichtjahre entfernt sind, der Personalschwund in den Finanzämtern immer katastrophalere Ausmaße annimmt und wir durch das „Risikomanagement“ mit immer mehr Prüf- und Hin-

weisfällen in immer kleinerer Schrift traktiert werden, müssen wir uns auch noch täglich durch die Informationsflut im AIS kämpfen.

Was bei einer Papierverteilung unvorstellbar gewesen wäre ist jetzt Realität. **Dokumente von 50 Seiten und**



Dieter Fulda
Finanzamt Ansbach

mehr sind keine Seltenheit mehr!

Nach unseren überschlägigen Recherchen umfassen allein die „**Hilfestellungen**“ zur **Veranlagung** in Form von Leitfäden, Arbeitshilfen, Fachinfos, etc. mittlerweile **mehr als 2000 Seiten!** Es ist also festzustellen, dass die Informationsversorgung diamentral zur Personalentwicklung verläuft, nach dem Motto: Das wenige Personal soll wenigstens viel zum Lesen haben, auch wenn es dafür keine Zeit mehr hat. Diese umfangreichen „Hilfestellungen“ sind aber dann nützlich, wenn eine zielgerichtete Suche auch erfolgreich ist. Schwierig bis abenteuerlich gestaltet sich dann allerdings die Informationssuche im AIS und stellt immer wieder eine neue Herausforderung dar. Wenn man z. B. im AIS mit dem Begriff „Arbeitshilfe zur Veranlagung 2009“ sucht, bekommt man eine Trefferliste mit 100 Einträgen serviert. Tatsächlich gibt es aber nur 2 Dokumente unter diesem Begriff.

Mit viel Glück ist dann das gesuchte Dokument unter den ersten drei Nennungen, die ersten drei können aber auch so wichtige Dokumente wie Geschäftsverteilungspläne, Telefonverzeichnisse etc. sein. Mit etwas Pech wird das gesuchte Dokument unter

Umständen nicht gefunden, obwohl es existiert. Wenn dann beim gesuchten Begriff, z.B. Arbeitszimmer, zehn Fundstellen benannt werden bedeutet das aber nicht, dass die jeweilige Fundstelle sofort beim Aufruf angezeigt wird. Nein, jedes aufgerufene Dokument startet bei Seite 1 und der Suchbegriff muss immer wieder neu eingegeben werden.

Wir haben deshalb dem LfSt und dem Finanzministerium im Januar unsere Forderungen zur „Informationsflut“ schriftlich wie mündlich übermittelt und gefordert, dass endlich eine professionelle Suchmaschine integriert wird, wie dies im Internet absolut üblich ist.

Erfreulicherweise werden jetzt auch wieder wie in den Vorjahren Inhouseschulungen zum Jahressteuergesetz angeboten, nachdem wir die kommentarlose Einstellung des umfangreichen Jahressteuergesetzes ins AIS ohne einen Hinweis auf die Durchführung von Inhouseschulungen kritisiert hatten.

Wir hoffen sehr, dass unsere Anregungen vom LfSt aufgegriffen und Lösungen gefunden werden. Nur so ist eine effiziente Informationsbereitstellung gegeben.



Warum gerade ver.di ODER „Der Unterschied“

Die einen schreiben „Wir sind für Sie da!“ (bfg), wir von ver.di sagen „Gute Arbeit können Sie wählen!“ – aber wo genau liegen denn eigentlich die Unterschiede zwischen ver.di und dem Beamtenbund. Und warum empfehlen wir Ihnen, bei den Personalratswahlen am 17. Mai unbedingt die Listen von „ver.di“ zu wählen ?

Eigentlich ist es ganz einfach: Wir wollen ein „wehrhaftes Beamtenrecht“ und wollen uns nicht mehr damit abfinden, dass die Beamtenschaft bei der Besoldung nur Befehlsempfänger sein soll. Bei diesem Thema hat die Dienstrechtsreform überhaupt keinen Fortschritt erbracht. Unverändert können die öffentlichen Arbeitgeber das Be-

amtenrecht dazu benützen, um Sonderopfer durchzusetzen. Einseitig – „par ordre de mufti“. Die öffentlichen Arbeitgeber gehen sogar noch weiter und wollen über Vorgaben im Beamtenbereich das Tarifrecht aushebeln. Und um dies zu schaffen, lief eine Verbeamtungswelle über Deutschland – es wurde massenhaft verbeamtet -



**Werner
Stupka**

Finanzamt
Nürnberg-Süd



im Schulbereich, in den Krankenhäusern, in den Bauverwaltungen usw. usf..

Ziel der Verbeamtungswelle war: Der Arbeitgeber „Staat“ wollte sich mit möglichst vielen Beamten Ruhe an der Tarif- und Besoldungsfront erkaufen. Denn Beamte „dürfen“ sich ja angeblich nicht wehren. Unterschriftenlisten und Demos – sicher, das dürfen sie – aber sie dürfen vor allem nicht streiken. Dies aber ist die effektivste Form des Protestes für

Arbeitnehmer/innen. Kein einziger privater Arbeitgeber hat diese exklusive Möglichkeit – ob Siemens oder VW, ob Schäffler oder Audi – alle müssen sich mit streikfähigen Gewerkschaften und Belegschaften auseinandersetzen und einigen. Nur der Staat möchte dies höchst ungern – und missbraucht damit den Grundgedanken des „Beamten“. Jedenfalls außerhalb des „hoheitlichen Bereichs“.

Ver.di steht eindeutig zum Berufsbeamtentum – aber wenn das Beamtenrecht von den öffentlichen Arbeitgebern dazu benützt wird, um im öffentlichen Dienst nach eigenem Gusto und einseitig die Bedingungen festlegen zu können – ja dann ist genau dies der Sargnagel für das Berufsbeamtentum.

Denn dann werden Beamte nicht zur „Ausübung hoheitlicher Befugnisse“ (Art. 33 GG) eingesetzt, sondern primär dafür, um den öffentlichen Dienst möglichst billig und möglichst bequem regeln zu können. Das stellt sogar das konservative *„Handelsblatt“* in seiner Ausgabe vom 12.01.2011 unverblümt und erstaunlich deutlich fest:

„Wären die Gehälter im öffentlichen Dienst in den vergangenen zehn Jahren genauso schnell gestiegen wie in der Industrie, dann müssten Bund, Länder und Kommunen heute jährlich etwa

20 Milliarden Euro mehr für ihr Personal bezahlen. Da versteht man, warum Verdi-Chef Bsirske das Streikverbot für Beamte gerne abschaffen würde“.

Die „Sparbeschlüsse“ der Staatsregierung sind das beste Beispiel für diese Politik zu Lasten der Beamtenschaft: Die Staatsregierung trifft einseitig die Beamten mit Sonderopfern (um den Staatshaushalt zu sanieren!), und nur kurze Zeit zuvor wurden von der gleichen Staatsregierung über 4 Mrd. EUR in einem Bankenskandal verbubelt – und wiederum zugleich wird von der staatstragenden Partei vehement gefordert, die Steuern endlich zu senken, um von den gestiegenen Steuereinnahmen der Bevölkerung etwas zurück zu geben. Dies ist Politik ohne Logik auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes und insbesondere der Beamtenschaft – und dagegen muss man sich doch wirksam wehren können! Mit allen rechtlich zulässigen Mitteln.

Genau in diesem Punkt liegt ein entscheidender Unterschied zwischen den Gewerkschaften, die sich Ihnen am 17.Mai zur Wahl stellen, also zwischen ver.di und bfg:

Wir haben ein grundsätzlich anderes Bild von „den Beamten“ und von dem, was sie tun dürfen !

Wir sagen:

Wenn die Staatsregierung die Beamten mit Sonderopfern überzieht, dann ist dies unangemessen und hat darüber hinaus auch den Zweck, Kürzungen für alle Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst durchzudrücken. Beamte werden so gegen andere Arbeitnehmer in Stellung gebracht – und dagegen müssen sich zumindest jene Beamte, die keine hoheitlichen Tätigkeiten ausüben, auch mit einem Streik wehren können. Niemand, auch kein Beamter, darf nur „Objekt von Entscheidungen“ sein .

Deshalb hatte in Nordrhein-Westfalen die Gewerkschaft GEW auch verbeamtete Lehrer/innen zu Warnstreiks aufgerufen – und gegen die ergangenen

Disziplinarverfügungen gegen einzelne Lehrkräfte hat die GEW geklagt. **Erfolgreich geklagt !**

In seinem Urteil vom 15.12.2010 hat das VG Düsseldorf erhebliche Zweifel daran, dass Disziplinarmaßnahmen gegen Beamte, die im nicht hoheitlichen Bereich streiken, mit der „Europäischen Menschenrechtskonvention“ vereinbar sind. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: **Das pauschale Streikverbot für Beamte** wird von einem Gericht **als Verstoß gegen die Menschenrechte** betrachtet! Denn, so das VG Düsseldorf, nur im engen hoheitlichen Bereich könne der Staat diesen Schutz (zur Erfüllung seiner hoheitlichen Aufgaben) für sich reklamieren.



Im Klartext heißt dies:

wenn der Staat über den hoheitlichen Bereich hinaus auch Lehrer, Hausmeister, Ärzte, Techniker, EDV-Spezialisten usw. verbeamtet, dann darf er dies natürlich tun – aber diesen Personen kann man dann nicht einfach das Grundrecht auf wirksamen Widerstand, sprich „das Streikrecht“ aberkennen.

Eine längst überfällige Entscheidung – aber genau gegen die läuft der Beamtenbund Sturm. Der Bundesvorsitzende des DBB hat sogar die Staatsregierung von NRW dringlich aufgefordert, **gegen diese Entscheidung des VG Düsseldorf in die Revision zu gehen.**

Zur angeblichen „Rettung des Berufsbeamtentums“. Weil sich, so der Beamtenbund, „Streikrecht“ und „Berufsbeamtentum“ grundsätzlich ausschließen würden.

Wir sagen:

Das Beamtenrecht darf von den öffentlichen Arbeitgebern nicht missbraucht werden – genau dies geschieht seit Jahren. Deshalb: **Kein Streikverbot für Beamte im nicht hoheitlichen Bereich – für ein wehrhaftes Beamtenrecht.**

Hier liegt ein ganz entscheidender Unterschied zwischen ver.di und dem Beamtenbund. Lassen Sie uns alle Möglichkeiten nutzen, die rechtlich vertretbar sind, um die Beamtenschaft vor der Sparwut der Politik zu schützen. Dazu gehört auch, dort zu streiken, wo dies rechtlich möglich ist. Und dazu gehören sicherlich auch Teile der Steuerverwaltung – denn auch dort gibt es Tätigkeiten, die nicht hoheitlich sind ! Nur mit dem Streikrecht ist eine „wirksame und engagierte Interessenvertretung“ für die Beamtenschaft zu erreichen, nur so können wir uns gegen einseitig verordnete Sonderopfer wehren.

Man darf den Mund nicht nur (zu Protesten) aufmachen – man muss wenn nötig auch zubeissen ! Deshalb bitten wir Sie: Unterstützen Sie am 17. Mai mit Ihren Stimmen unsere Linie. Für eine wirksame, engagierte und gemeinsame Interessenvertretung von Beamt/inn/en und Arbeitnehmer/inne/n im öffentlichen Dienst in Bayern.

Für ver.di !



Hauptpersonalrat Beamte

HPR Beamte



1
**Stupka
Werner**
FA Nürnberg-Süd



2
**Dullinger
Angelica**
FA München Abt.
Körperschaften



3
**Fulda
Dieter**
FA Ansbach



4
**Gegenfurtner
Thomas**
FA Rosenheim



5
**Adlhoch
Adolf**
LFF Regensburg



6
**Graf
Monika**
FA Regensburg



7
**Weiß
Dieter**
FA München
Abt. II/III



8
**Bergmann
Hans**
FA Fürth



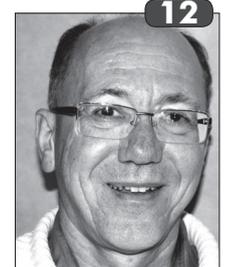
9
**Scholz
Christian**
FA Augsburg-Land



10
**Juniec-Möl-
ler Marion**
FA Schwandorf



11
**Kaltenhau-
ser Martina**
FA München Abt. I



12
**Wallner
Reinhard**
FA Passau



13
**Neger
Angela**
FA Amberg



14
**Niefnecker
Albert**
FA Nürnberg-Nord



15
**Österle
Markus**
LfSt. Nürnberg IuK



16
**Weigel
Wolfgang**
FA Bayreuth



17
**Sauerwein
Michaela**
FA München für
Körperschaften



18
**Eisele
Markus**
FA München
Abt. II/III



19
**Reitberger
Norbert**
FA München
Abt. Erhebung



20
**Dr. Dressel
Carl-Christian**
FHVR Allg. Innere
Verw.



21
**Jekal
Hilde**
FA Schwabach



22
**Mundigl
Wilhelm**
Lf. Vermessung
und Geoinforma-
tion



23
**Schick
Günther**
FA Schwandorf



24
**Groh
Gerhard**
FA Nürnberg-Süd

Hauptpersonalrat Beamte



25

**Buchner
Margarete**
FA Landshut



26

**Fröhler
Daniel**
FA München Abt.
Betriebsprüfung



27

**Ertel
Gerald**
LfF Regensburg



28

**Langwagen
Renate**
FA Rosenheim



29

**Schnurer
Sabine**
FA Regensburg



30

**Mößbauer
Maximilian**
FA Augsburg-Land

HPR Beamte



31

**Karb
Richard**
FA Bad Kissingen



32

**Dürnay
Alfred**
FA München Abt.
Betriebsprüfung



33

**Kreisel-
meier
Dieter**
FA Ansbach



34

**Woitscheck
Markus**
FA Hof



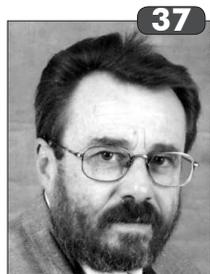
35

**Heilmann
Margarete**
FA Lohr ASt.
Marktheidenfeld



36

**Schätzl
Franz**
FA Passau



37

**Hartl
Friedrich**
FA Miesbach



38

**Walther
Uwe**
FA Schweinfurt



39

**Wachter
Jürgen**
FA Würzburg



40

**Präcklein
Harald**
FA Coburg



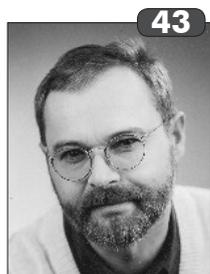
41

**Werner
Wolfgang**
FA Wolfratshausen



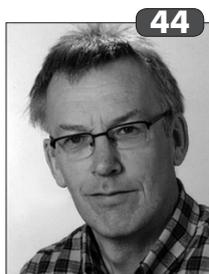
42

**Arnold
Hannelore**
FA Lohr
ASt. Marktheidenfeld



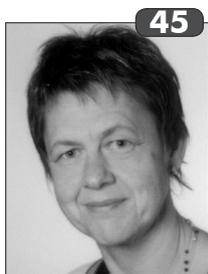
43

**Bachmann
Fritz**
FA Nördlingen
ASt. Donauwörth



44

**Beck
Burkhard**
FA Neumarkt



45

**Beck
Cornelia**
FA Neumarkt



46

**Beiersdorfer
Corinna**
FA Schwabach



47

**Bergmann
Gerhard**
FA Schwabach



48

**Behringer
Matthias**
FA Regensburg

Hauptpersonalrat Beamte

HPR Beamte



**Bernhofer
Bartholomäus**
FA Miesbach



**Bezold
Konrad**
FA Weiden



**Blümel
Jürgen**
FA Nürnberg-Süd



**Bratenstein
Max**
FA Nürnberg-Süd



**Brehm-
Schlereth-
Memmel
Christine**
FA Schweinfurt



**Briechle
Sandra**
LfSt München



**Demling
Steffen**
FA Kitzingen



**Dirnberger
Rosemarie**
FA Rosenheim



**Drexel
Josef**
FA München Abt.
IV/V



**Duschl
Franz**
FA München Abt.
IV/V BSt Passau



**Ebenbichler
Karl**
FA Mühldorf



**Eckert
Peter**
FA Hersbruck



**Edelmann
Mario**
LfSt München IuK



**Eder
Wilhelm**
FA Eggenfelden



**Ehrl
Thilo**
FA Coburg



**Eisen
Dagmar**
LfSt Nürnberg IuK



**Faber
Robert**
FA Bamberg



**Fellner
Helmut**
FA Nürnberg-Süd



**Forte
Olga**
FA Waldsassen



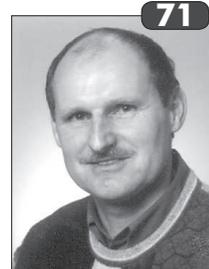
**Frei
Brigitte**
FA Nürnberg-Süd



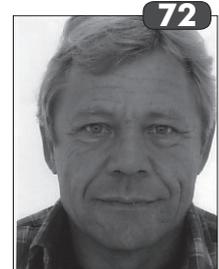
**Freund
Stefanie**
FA München Abt.
Körperschaften



**Frey
Stefan**
FA Passau



**Fuchs
Gerhard**
LfSt ASt. Triesdorf



**Galm
Helmut**
FA Weilheim

Hauptpersonalrat Beamte



**Ganzenmüller
Elke**
FA München Abt.
Körperschaften



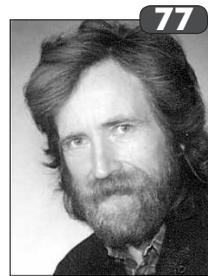
**Geyer
Christine**
FA Passau
ASt. Vilshofen



**Gigl
Max**
FA Zwiesel



**Habetz
Wolfgang**
FA München
Abt. Erhebung



**Hackel
Erich**
FA Kaufbeuren



**Hager
Thomas**
FA Coburg



**Haller
Willi**
FA Amberg



**Heitzer
Martin**
FA München Abt.
Körperschaften



**Heitzer
Peter**
FA München
Abt. Erhebung



**Herbst
Karl-Heinz**
FA Amberg



**Heubusch
Bernhard**
FA Schwabach



**Hilpert
Peter**
FA Ansbach
ASt. Dinkelsbühl



**Hirsch
Doris**
LfSt München



**Hönisch
Beate**
LfSt Nürnberg IuK



**Hofmann
Johann**
LFF Weiden



**Hofmann
Peter**
FA Erding



**Homolka
Günter**
FA Passau



**Horn
Simone**
FA Ansbach
ASt. Rothenburg



**Horndasch
Maria**
FA Ansbach



**Huber
Monika**
FA München I



**Huttner
Christine**
Schloss- u. Gar-
tenverw. Nym-
phenburg



**John
Martin**
FA München Abt.
II/III



**Kaiser
Martina**
FA Ansbach



**Kießling
Manfred**
FA München Abt.
Körperschaften

HPR Beamte

Hauptpersonalrat Beamte

HPR Beamte



97
Kipfelsberger Franz
FA Landshut



98
Kitalic Kerim
StMF



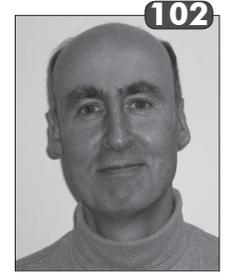
99
Klügl Petra
FA Starnberg



100
Ködel Sabine
FA Bayreuth



101
König Sabine
FA Wunsiedel



102
Konrad Oliver
FA Nürnberg-Süd



103
Kraus Georg
FA Deggendorf



104
Lachnit Bernhard
FA Fürth



105
Leib Hartmuth
FA Würzburg



106
Lengl Gerhard
FA Passau



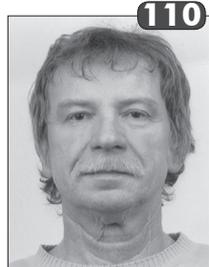
107
Maier Adelheid
FA Rosenheim
ASt. Wasserburg



108
Möller Frank
FA Cham



109
Moninger Martin
Finanzgericht Nbg.



110
Müller Reinhard
FA Hof



111
Niederberger Roman
FA Berchtesgaden
ASt. Laufen



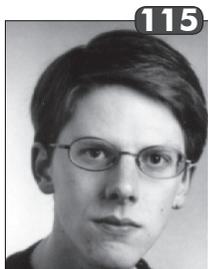
112
Österle Birgit
FA Fürth



113
Ott Johann
FA Weiden



114
Pfannenstiel Robert
FA Landshut



115
Picker Joachim
FA Mchn. Abt. Erhebung / Ingolstadt



116
Piendl Eleonore
FA Straubing



117
Pirkenseer Peter
FA Rosenheim



118
Plachta Brigitte
FA Hilpoltstein



119
Pleffka-Weiß Reiner
FA Ansbach



120
Popp Karl-Heinz
FA Gunzenhausen

Hauptpersonalrat Beamte



121
**Pramböck
Klaus**
FA Rosenheim



122
**Prem
Anton**
FA Passau ASt.
Bad Griesbach



123
**Puff
Johann**
FA Fürth



124
**Rathsam
Gerhard**
FA Nürnberg-Süd



125
**Reitberger
Rosina**
FA München Abt.
Körperschaften



126
**Reiter
Klaus**
LfSt München

HPR Beamte



127
**Schels
Jörg**
LfSt Nürnberg



128
**Schinn
Martina**
FA Dachau



129
**Schissler
Sonja**
FA Gunzenhausen



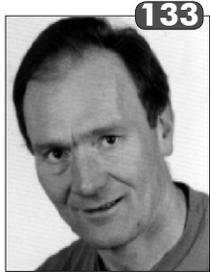
130
**Schmidt
Martin**
FA Passau



131
**Schneider
Jürgen**
FA München Abt.
Betriebsprüfung



132
**Schneider
Lothar**
FA Fürth



133
**Schöfer
Alois**
FA Deggendorf



134
**Scholl
Marion**
FA Coburg



135
**Schöner
Peter**
FA Regensburg



136
**Schubert
Sven**
FA Regensburg



137
**Schuy
Raimund**
Zentralfinanzamt
Nürnberg



138
**Seer
Christine**
Zentralfinanzamt
Nürnberg



139
**Seibold
Hans**
FA Gunzenhausen



140
**Seiler
Thomas**
FA Hof



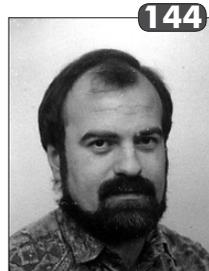
141
**Singerer
Beate**
FA Amberg



142
**Sölla
Roland**
FA Bayreuth



143
**Sommer
Rudolf**
FA Schwandorf



144
**Streicher
Karlheinz**
FA Deggendorf

Hauptpersonalrat Beamte

HPR Beamte



145

**Strobel
Irene**
FA Uffenheim



145

**Tischler
Josef**
FA Regensburg



147

**Trischler
Friedrich**
FA Neu-Ulm



148

**Übelacker
Dieter**
FA Grafenau



149

**Unger
Gerd**
LfSt Nürnberg IuK



150

**Untergehrer
Wolfgang**
FA München Abt.
Körperschaften



151

**Vinzens
Norbert**
FA Erlangen



152

**Vorig
Marianne**
FA Zwiesel
ASt. Viechtach



153

**Wannersdorfer
Rosemarie**
FA Traunstein



154

**Weber
Heidi**
FA Nürnberg-Nord



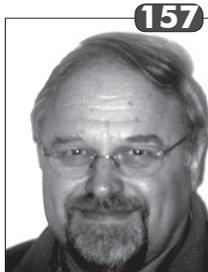
155

**Weidlich
Beatrix**
FA München
Abt. II/III



156

**Weikl
Harald**
LfSt Nürnberg IuK



157

**Wieninger
Ludwig**
FA Passau Ast.
Vilshofen



158

**Wohlrab
Klaus**
FA Kehlheim



159

**Zahel
Harald**
FA Bayreuth

Hauptpersonalrat Arbeitnehmer

HPR Arbeitnehmer



1

**Binder
Josef**
Verwaltung der
Residenz München



2

**Schierbel
Stefan**
Spielbank
Garmisch-Parten-
kirchen



3

**Schüllner
Agnes**
FA Würzburg



4

**Neitzel
Sabine**
Lf. Vermessung und
Geoinformation



5

**Weich
Gabriele**
FA Ingolstadt



6

**Albrecht
Erika**
FA Schwabach

Hauptpersonalrat Arbeitnehmer



**Deuerling
Margit**
FA Lichtenfels



**Dirnberger
Johann**
SGV Herrenchiem-
see



**Egerer
Marianne**
FA Ansbach



**Felber
Christine**
FA Berchtesgaden
ASt. Laufen



**Hartl, Maria-
Elisabeth**
FA Passau



**Kalfas
Jutta**
FA Nürnberg-Süd

HPR Arbeitnehmer



**Landeck
Ludwig**
SGV Würzburg



**Lang
Ursula**
FA Rosenheim



**Lechner
Renate**
FA Nürnberg-Süd



**Path
Elke**
FA Fürth



**Pfiffner
Cornelia**
FA Augsburg-Land



**Pfuher
Susanne**
FA Eichstätt



**Rudolph
Manfred**
SGV Nymphenburg



**Schauer
Peter**
FA Berchtesgaden
ASt. Laufen



**Schmid
Marianne**
FA Grafenau



**Schnellbach
Martin**
FA München Abt.
Körperschaften



**Schramm
Silvia**
FA Bayreuth



**Spielberger
Alexander**
SGV Nymphenburg



**Strzegowski
Alexander**
Staatl. Lotteriever-
waltung



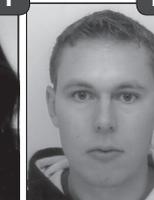
**Zieglmüller
Helga**
FA Passau ASt Bad
Griesbach

ACHTUNG | DEMOKRATIE IM BETRIEB
GUTE ARBEIT
FREIZEIT | PRODUKTIVITÄT
KÖNNEN SIE WÄHLEN
SICHERUNG VON MINDESTSTANDA

Bezirkspersonalrat Süd

BEAMTE Bezirkspersonalrat Süd

ver.di

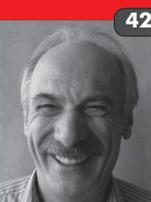
 Wallner Reinhard FA Passau	 Reitberger Norbert FA München Abt. Erhebung	 Kaltenhauser Martina FA München Abt. I	 Scholz Christian FA Augsburg-Land	 Weiß Dieter FA München Abt. II/III	 Gegenfurtner Thomas FA Rosenheim			
 Dullinger Angelica FA München Abt. Körperschaften	 Kraus Georg FA Deggendorf	 Sauerwein Michaela FA München Abt. Körperschaften	 Mößbauer Maximilian FA Augsburg-Land	 Buchner Margarete FA Landshut	 Fröhler Daniel FA Mchn. Abt. Betriebsprüfung	 Huber Monika FA München Abt. I	 Dürnay Alfred FA München Abt. Betriebsprüfung	 Hartl Friedrich FA Miesbach
 Geyer Christine FA Passau ASt Vilshofen	 Heitzer Martin FA München Abt. Körperschaften	 Werner Wolfgang FA Wolfratshausen	 Langwagen Renate FA Rosenheim	 Bachmann Fritz FA Nördlingen ASt Donauwörth	 Frey Stefan FA Passau	 Duschl Franz FA München Abt. IV/V Passau	 Weidlich Beatrix FA München Abt. II/III	 Untergeher Wolfgang FA München Abt. Körperschaften
 Wannersdorfer Rosemarie FA Traunstein	 Eisele Markus FA München Abt. II/III	 Piendl Eleonore FA Straubing	 Niederberger Roman FA Berchtesgaden ASt. Laufen	 Bernhofer Bartholomäus FA Miesbach	 Briechle Sandra LfSt München	 Dimberger Rosemarie FA Rosenheim	 Drexel Josef FA München Abt. IV/V	 Ebenbichler Karl FA Mühldorf
 Edelmann Mario LfSt München LuK	 Eder Wilhelm FA Eggenfelden	 Freund Stefanie FA München Abt. Körperschaften	 Galm Helmut FA Weilheim	 Ganzenmüller Elke FA München Abt. Körperschaften	 Gigl Max FA Zwiessel	 Habetz Wolfgang FA München Abt. Erhebung	 Hackel Erich FA Kaufbeuren	 Heitzer Peter FA München Abt. Erhebung
 Hirsch Doris LfSt München	 Hofmann Peter FA Erding	 Homolka Günter FA Passau	 John Martin FA München Abt. II/III	 Kipfelsberger Franz FA Landshut	 Kießling Manfred FA München Abt. Körperschaften	 Klügl Petra FA Starnberg	 Lengl Gerhard FA Passau	 Maier Adelheid FA Rosenheim ASt Wasserburg

Bezirkspersonalrat Nord

BEAMTE

Bezirkspersonalrat Nord

ver.di

 Fulda Dieter FA Ansbach	 Graf Monika FA Regensburg	 Bergmann Hans FA Fürth	 Stupka Werner FA Nürnberg-Süd	 Juniec-Möller Marion FA Schwandorf	 Niefnecker Albert FA Nürnberg-Nord			
 Neger Angela FA Amberg	 Österle Markus LfSt. DSt. Nbg.	 Jekal Hilde FA Schwabach	 Schuy Raimund ZFA Nürnberg	 Schick Günther FA Weiden	 Groh Gerhard FA Nürnberg-Süd	 Weigel Wolfgang FA Bayreuth	 Kaiser Martina FA Ansbach	 Walther Uwe FA Schweinfurt
 Forte Olga FA Waldsassen	 Woitschek Markus FA Hof	 Wachter Jürgen FA Würzburg	 Präcklein Harald FA Coburg	 Heilmann Margarete FA Lohr ASt Marktheidenfeld	 Schels Jörg LfSt. Nürnberg	 Kreiselmeier Dieter FA Ansbach	 Seer Christine ZFA Nürnberg	 Popp Karl-Heinz FA Cunzenhausen
 Arnold Hannelore FA Lohr ASt Marktheidenfeld	 Beck Burkhard FA Neumarkt	 Beck Cornelia FA Neumarkt	 Beiersdorfer Corinna FA Schwabach	 Bergmann Gerhard FA Schwabach	 Beringer Matthias FA Regensburg	 Bezold Konrad FA Weiden	 Blümel Jürgen FA Nürnberg-Süd	 Bratenstein Max FA Nürnberg-Süd
 Brehm-Schleth-Memmel Christine FA Schweinfurt	 Demling Steffen FA Kitzingen	 Eckert Peter FA Hersbruck	 Ehl Thilo FA Coburg	 Eisen Dagmar LfSt. Nürnberg	 Faber Robert FA Bamberg	 Fellner Helmut FA Nürnberg-Süd	 Frei Brigitte FA Nürnberg-Süd	
 Gessner Hubert FA Schweinfurt	 Hager Thomas FA Coburg	 Haller Willi FA Amberg	 Herbst Karl-Heinz FA Amberg	 Heubusch Bernhard FA Schwabach	 Hilpert Peter FA Ansbach ASt. Dinkelsbühl	 Hönisch Beate LfSt Nürnberg luK	 Horn Simone FA Ansbach ASt. Rothenburg	 Horndasch Maria FA Ansbach

Bezirkspersonalrat Nord



ARBEITNEHMER Bezirkspersonalrat Nord



GUTE ARBEIT

Können Sie wählen!

So wählen Sie richtig!

Legen Sie die Verantwortung für die Personalvertretung im Bereich der Bayerischen Finanzverwaltung in unsere Hände. Vertrauen Sie der konsequenten Arbeit von uns ver.di-Personalrätinnen und ver.di-Personalräten. Bei uns sind die Fronten klar, bei uns gibt es keine Verflechtungen und keine Abhängigkeiten. 100%-Einsatz nur für Sie und Ihre Anliegen!

Bei der Wahl fahren Sie am sichersten mit der Methode:

Stimmzettel öffnen - Liste mit ver.di im Namen suchen - ein Kreuz davor setzen - abgeben - fertig.

Ansonsten nehmen Sie alle ausgehändigten oder übersandten Stimmzettel zur Hand. Kreuzen Sie jeweils zuerst die Liste mit ver.di im Namen an. Damit ist bereits der erste Schritt für eine starke Personalvertretung getan und Sie können sicher sein, keine Stimme verschenkt zu haben.

Als nächstes lesen Sie bitte am unteren Rand des Stimmzettels, wie viele Stimmen auf diesem Stimmzettel vergeben werden können. Sie haben bei der Wahl zu den Stufenvertretungen folgende Stimmzahl zur Verfügung:

Hauptpersonalrat:

Beamte	14 Stimmen	Arbeitnehmer	3 Stimmen
--------	------------	--------------	-----------

Bezirkspersonalrat BLfSt München

Beamte	15 Stimmen	Arbeitnehmer	2 Stimmen
--------	------------	--------------	-----------

Bezirkspersonalrat BLfSt Nürnberg

Beamte	13 Stimmen	Arbeitnehmer	2 Stimmen
--------	------------	--------------	-----------

Bezirkspersonalrat Bayerische Schlösserverwaltung

Beamte	1 Stimme	Arbeitnehmer	6 Stimmen
--------	----------	--------------	-----------

Suchen Sie nun die Kolleginnen und Kollegen aus der ver.di-Liste aus, die Sie wählen möchten. Sie können vor dem Namen der jeweiligen Person ein Kreuz machen oder eine Zahl (1, 2 oder max. 3) setzen. Die jeweilige Person erhält dann diese Anzahl von Stimmen.

Beachten Sie dabei jedoch, dass die Höchstzahl an Stimmen nicht überschritten wird, denn dann könnte Ihr Stimmzettel ungültig werden.

Ein Wechsel zwischen den Listen führt in jedem Fall zur Ungültigkeit.

Falls Sie am 17. Mai 2011 Urlaub machen oder aus anderen Gründen nicht im Amt sind...bitte Briefwahlunterlagen beim Wahlvorstand anfordern!

Fachkommission Landesfinanzverwaltung im Gespräch mit MD Hüllmantel, StMF

Im Januar führte die Fachkommission Landesfinanzverwaltung in ver.di ein Gespräch mit Herrn MD Hüllmantel im FM. Neben Themen wie Doppelhaushalt 2011/2012 für den Bereich der Finanzverwaltung in Bayern, die Personalsituation in den Finanzämtern und im Landesamt für Finanzen, Fragen zur Dienstrechtsreform, wurden auch der Stand der Organisationsänderungen in den Bereichen Finanzkasse, Bewertung und zentrale Datenerfassung in Wunsiedel sowie die Frage, ob im Hauptstudium bzw. im Studienabschnitt III die Unterbringung in Einzelzimmern möglich sein wird, erörtert! Um unsere Anwärterinnen und Anwärter nicht zu lange auf die Folter zu spannen – das FM teilt mit, dass ab Ende April die betroffenen Studierenden in Einzelzimmern untergebracht werden. Die Frage nach der Zahl der Einstellungen beantwortete das FM wie folgt: Für 2011 wurden 575 Einstellungsermächtigungen erteilt und in 2012 sollen ebenfalls ca. 600 Anwärterinnen und Anwärter neu eingestellt werden. Eine Verstetigung der Einstellungszahlen „oberhalb der 550“ wird angestrebt.



im Bild v.l. n. r.: Angelica Dullinger, Dieter Fulda, Werner Stupka, MD Wilhelm Hüllmantel, Thomas Gegenfurtner, Hans Bergmann, Reinhard Wallner und Norbert Reitberger

Steuerpolitische Tagung in der verdi Bundeszentrale

Die Teilnehmer der verdi Fachkommission Steuerverwaltung forderten mit Nachdruck eine gerechte Steuerpolitik. Vom Vorsitzenden Frank Bsirske wurde auf die Krise der öffentlichen Haushalte und die entstandenen Rekordschulden hingewiesen, während zugleich für die Bankenrettung Milliardenbeträge zur Verfügung gestellt werden und für Lobbygruppen wie Hoteliers massive Steuersenkungen erfolgen. Folgen dieser Politik sind Ausgabenkürzungen, weniger öffentliche Leistungen und ein ständiger Personalabbau im öffentlichen Dienst. Arbeitnehmer dürfen aber nicht diejenigen sein, denen alle Lasten der Gesellschaft aufgebürdet werden. Von Professor Dr. Jarras von der Hochschule RheinMain Wiesbaden wurde die überproportionale Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmereinkommen kritisiert, während Unternehmens- und Vermögenseinkommen vergleichsweise niedrig besteuert werden. Ver.di fordert deshalb wesentliche Änderungen in der Steuerpolitik und einen bundeseinheitlichen Steuervollzug. Dieser kann nach Werner Stupka, dem Vorsitzenden der ver.di Bundesfachkommission, nur durch eine einheitliche Stellenausstattung der Steuerverwaltungen der Länder nach der bundesweit abgestimmten Personalbedarfsberechnung erfolgen.



Die bayerischen Delegierten mit Frank Bsirske.



**Dieter
Fulda**
Finanzamt Ansbach

ver.di Forderungen zum Kurzfassung

Heranführung an das Zuteilungssoll (ZuSo):

Derzeit besteht zwischen den zur Verfügung stehenden Haushaltsstellen und der tatsächlichen Ist-Besetzung in den Finanzämtern aufgrund verschiedener Faktoren (z.B. Altersteilzeit) eine **Differenz von ca. 1700 Stellen**. Dadurch ergibt sich in den Finanzämtern eine durchschnittliche Unterbesetzung von ca. 10%. Um wenigstens die Zuteilungssoll-Werte zu erreichen, ist somit eine Stellenmehrung von ca. 1700 Stellen notwendig!!

Personalausstattung nach Personalbedarfsberechnung:

Die Berechnung der aufgabengerechten Personalausstattung für die Finanzämter erfolgt nach bundesweit abgestimmten, detaillierten Mustern für jede einzelne Stelle im Rahmen einer Personalbedarfsberechnung. Die in Bayern durchgeführte Personalverteilungsberechnung orientiert sich dabei grundsätzlich an dieser bundesweit abgestimmten Personalbedarfsberechnung. Unter Zugrundelegung dieser Werte für eine aufgabengerechte Leistungserbringung ergibt sich nach unseren Berechnungen gegenüber dem Zuteilungssoll 2010 ein **Personalfehlbestand von ca. 2500 MAK**.

Um die Ist-Besetzung der Finanzämter auf die Persbb-Werte zu führen, sind somit **insgesamt 4200 zusätzliche Stellen** in den bayerischen Finanzämtern **notwendig!**

Die inzwischen dramatische Unterbesetzung in vielen Ämtern spiegelt sich auch in der Entwicklung der Krankheitstage wider. So weist der letzte Fehlzeitenbericht für das Jahr 2009 das Finanzressort mit durchschnittlich 13,4 Krankheitstagen/ Beschäftigten die zweithöchste Quote innerhalb der Ressorts auf. Die Einführung eines Gesundheitsmanagements wird als flankierende Maßnahme grundsätzlich begrüßt.

Fakt ist aber auch, dass eine Reduzierung der Arbeitsbelastung nur durch zusätzliches Personal möglich ist!!

Abbau des Beförderungsstaus:

Die Beförderungssituation ist nachhaltig zu verbessern, da trotz guter Beurteilungen immer noch tausende von Beschäftigten keine Aussicht auf eine Beförderung haben.

Verbesserung der Stellenausstattung in der BesGr A 9 + AZ. Gegenüber den nach A 9 + AZ bewerteten Dienstposten ergibt sich hier lediglich eine Bedienquote von 18 %! Dies ist die mit Abstand schlechteste Bedienquote in der allgemeinen Verwaltung der Finanzämter.

Besondere Belastung Ballungsräume:

Verbesserung der Personalsituation durch bessere finanzielle Perspektiven. Die Ballungsraumzulage ist erheblich zu erhöhen und die Eingangsbesoldung anzuheben. Die beabsichtigte Absenkung der Eingangsbesoldung ist kontraproduktiv für die Personalgewinnung in den Ballungsräumen. Zusätzlich sind verstärkt Werbemaßnahmen zur Einstellung von Bewerbern und Bewerberinnen aus dem Ballungsraum zu ergreifen um dort langfristig eine kontinuierliche Personalausstattung sicherzustellen.

Doppelhaushalt 2011/2012

der ver.di Forderungen

Deutliche Verbesserung der Prüfungsintensität in den Außendiensten

Angleichung an Bundeswerte: Sowohl die Rechnungshöfe, als auch das LfSt und die Gewerkschaft ver.di haben wiederholt darauf hingewiesen, dass gerade Bayern beim Prüfungsturnus und der Ausstattung mit Prüferinnen und Prüfern im Schlussbereich der Bundesländer rangiert. Dies führt zu Verzerrungen bei der Gleichmäßigkeit der Besteuerung. Deshalb sind die bayerischen Prüfungsdienste auf das bundesdeutsche Niveau bei der Personalausstattung und der Prüfungsdichte heranzuführen.

Einführung von A 13 in der „Allgemeinen Verwaltung der Finanzämter“:

Nach wie vor sind wir der Auffassung, dass im Innendienst der Finanzämter ein „doppelter Laufbahnweg“ nach A 13 eingeführt werden sollte. Hierzu sollten einerseits alle Sachgebietsleiter-Dienstposten nach A 13 ausgebracht werden. Dies ist bisher erst zu 70 v.H. erreicht. Zusätzlich sollte als Spitzenamt für herausragende Sachbearbeiter/innen, für die eine Führungsfunktion nicht in Frage kommt, ebenfalls A 13 eingeführt werden.

Abbau der Überalterung:

Für die hohen altersbedingten Personlabgänge sind die vorgesehenen Einstellungszahlen weiter erheblich zu erhöhen und zu verstetigen! Insbesondere im Jahr 2011 sind alle Kapazitäten auszuschöpfen um dem doppelten Abiturjahrgang Perspektiven in der Finanzverwaltung anzubieten und die sich ergebenden Personalressourcen abzuschöpfen.

Sofortige Aufhebung der Wiederbesetzungssperre

Die zwischenzeitlich wieder auf 12 Monate verlängerte Wiederbesetzungssperre muss aufgehoben werden. Die Wiederbesetzungssperre ist leistungsfeindlich, da die durch Ruhestandsversetzungen frei werdenden Stellen in der Regel sofort wieder besetzt werden.

Ausbildungsstätten

An den Ausbildungsstätten sind zusätzliche Dozentenstellen aufgrund der gestiegenen Einstellungszahlen zu schaffen, um weiterhin eine Ausbildung auf hohem Niveau sicherzustellen. Diese Stellen dürfen nicht zu Lasten der Finanzämter gehen.

Staatsfinanzverwaltung – LfF:

Im Bereich des LfF besteht ein immenser Beförderungsstau sowohl nach A8, A9 und A9+Z als auch nach A11, A12 und A13. Zum 01.01.2011 hatten insgesamt 998 Beschäftigte die Mindestbewährungszeiten bzw. die Eignungsvoraussetzungen für eine Beförderung in eine der vorgenannten Besoldungsstufen erfüllt. Deshalb ist eine deutliche Zahl von Stellenhebungen im Bereich des LfF auszubringen.

Mittel für Planung des Finanzamts München:

Die Planungskosten in Höhe von ca. 2 Mio.EUR zum Neubau des 1. Gebäudes für das Finanzamt München sind im Haushalt einzustellen!



Landtag verabschiedet Haushalt am 07.04.2011.
Ver.di-Forderungen wurden nicht berücksichtigt
Wir werden weiter dafür kämpfen!





Hans Bergmann

Finanzamt Fürth

Nullrunde für Beamte – BASTA!!

Basta-Politik gilt als Synonym eines autoritären Führungsstils. Ein Führungsstil, der sich nicht aufhält mit Diskussion und Überzeugungsarbeit. Zeitsparend aber unmodern!

Nach der Landtagswahl (=LT-Wahl) 2008 wollte man, offensichtlich unter dem Eindruck des Wahlergebnisses, modern werden, alles besser machen, wollte mehr auf die Leute hören, auf sie zugehen – ja, sie mitnehmen!

Jetzt, im Frühjahr 2011, ist von diesen Vorsätzen nichts übrig geblieben. Die Ergebnisse der bayerischen Politik werden wieder in CSU-Vorstandssitzungen ausgeklüngelt. Und vom Koalitionspartner FDP? Nichts zu hören! Denke auch nichts zu erwarten von einem Koalitionspartner, der seine Versprechen im LT-Wahlkampf nach der Wahl (Rücknahme der 42-Stunden-Woche) zugunsten der Koalitionstreue vergessen hatte.

Die Umfragen sehen die CSU wieder bei 46% und die FDP nicht mehr im Landtag. Die absolute Mehrheit winkt, alles in allem perfekte Rahmenbedingungen um wieder zum unmodernen Führungsstil à la Strauß und Stoiber zurückzukehren.

Nullrunde für 2011 – Verlängerung der Wiederbesetzungssperre von 3 auf 12 Monate – Absenkung der Eingangsbeholdung für max. 18 Monate im Zeitraum 01.05.2011 bis 30.04.2013. **Dreister haben auch die beiden vorgenannten Protagonisten bayerischer Politik den Beamtinnen und Beamten in ihrer Amtszeit nicht in die Taschen gegriffen!** „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“, wie verträgt sich diese Aussage mit prognostizierten Mehreinnahmen von ca. 600 Mio. € (Steuereinnahmen 2010: 500 Mio. € + weniger Länderfinanzausgleich 110 Mio €)? Und es geht weiter so in 2011, allein in den Monaten Januar bis März 2011 sind die Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um gut 13% real gestiegen. Wir meinen: Genug Masse, um die „Sonderopfer“ der Beamtenschaft ad acta legen bzw. begraben zu können.

Aber man will einfach nicht!

Statt dessen wird die Absenkung der 42-Stunden-Woche als Argument für die Berechtigung der Nullrunde ins Feld geführt. Und dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt uns, dass man gar nicht gewillt ist, aus der Vergangenheit zu lernen. Aus der Vergangenheit lernen, hieße anzuerkennen, dass die Einführung der 38,5-Stundenwoche 1990 mit geringeren Gehaltszuwächsen bezahlt wurde. Die Einführung der 42-Stundenwoche war dann der politischen Taktik eines Herrn mit Namen Stoiber geschuldet, mit dem Ziel, den Tarifbereich in längere Arbeitszeiten zu zwingen. Hat nicht funktioniert, der Tarifbereich hat sich das nicht gefallen lassen!

Die Frage ist jetzt:

„Lassen wir Beamtinnen und Beamte uns das gefallen?“

Ich hoffe NEIN und deshalb

- finden wir uns weder mit der Nullrunde, wenn auch nur für 2011, noch mit den anderen Grausamkeiten des Sparpakets ab,
- lassen wir nicht nach, diese Ungerechtigkeit in die Öffentlichkeit zu tragen,
- stehen wir Ansagen aus der Politik wie „Leistung muss sich lohnen“ oder „Beförderung ist die beste Maßnahme zur Honorierung von Leistung“ weiterhin kritisch gegenüber und werden nicht NAIV diesen Versprechungen glauben,
- werden wir uns neben Unterschriftensammlungen und aktiven Mittagspausen weitere Maßnahmen zur Darstellung unseres Unmuts überlegen müssen,
- werden wir bis zur nächsten LT-Wahl den Umgang der Politik mit uns Beamtinnen und Beamten ganz bestimmt nicht vergessen.



Impressum:
ver.di Wecker
Bayern
V.i.S.d.P.:
Ulrich Gammel
ver.di Bayern
Schwanthaler Str.64
80336 München
Redaktion:
Hans Bergmann,
Dieter Fulda,
Werner Stupka
Layout & Satz
Agentur Kästner
Druck:
CityDruck Nbg.